

Sperrfrist: 30 Oktober 2012, 00:01GMT

EU importiert 15-mal mehr von illegalen israelischen Siedlungen als von Palästinensern, enthüllt neuer Bericht

Breite Koalition von NGOs appelliert an Europa ihre Worte in Taten umzusetzen

Die Europäische Union importiert fünfzehn mal mehr aus Israels illegalen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten als von Palästinensern selbst, enthüllt heute ein neuer Bericht¹ einer Koalition von zweiundzwanzig Nichtregierungsorganisationen aus elf europäischen Ländern einschließlich Christian Aid UK and Ireland, Diakonia und medico international.

Der Bericht mit dem Titel „Handel gegen Frieden-wie Europa zur Erhaltung illegaler israelischer Siedlungen beiträgt“ vergleicht erstmalig vorliegende Exportdaten aus israelischen Siedlungen und von Palästinensern und hebt damit die Widersprüchlichkeit im Herzen der EU-Politik hervor. Die EU erklärt: „Siedlungen sind illegal unter internationalem Recht, stellen Hindernisse für den Friedensprozess dar und drohen die Zwei-Staaten-Lösung unmöglich zu machen“². Dennoch ist die EU weiterhin der Hauptimporteur von Siedlungsprodukten. Die meisten EU-Mitgliedsstaaten haben es versäumt sicherzustellen, dass Produkte in den Läden korrekt gekennzeichnet sind, so dass die Konsumenten nicht über die eigentliche Herkunft der Produkte aufgeklärt sind, was im Widerspruch zu EU-Richtlinien steht.³

„Europa sagt, Siedlungen seien illegal unter Internationalem Recht und handelt dennoch weiterhin mit ihnen. Konsumenten tragen unwissentlich zu der Ungerechtigkeit bei, in dem sie Produkte kaufen, die fälschlicherweise als Produkte aus Israel gekennzeichnet sind, obwohl sie in Wahrheit aus Siedlungen im Westjordanland kommen“ sagt William Bell, Referent für Kampagnen und Politikanalyse bei Christian Aid UK and Ireland.

Der Bericht mit einem Vorwort des ehemaligen EU-Beauftragten für Außenbeziehungen, Hans van den Broek, fordert europäische Regierungen auf, eine Anzahl von konkreten Maßnahmen zu verabschieden, um die Ausbreitung von Siedlungen nicht weiter zu fördern und um die Diskrepanz zwischen Worten und Taten zu schließen. Die NGOs fordern zumindest klare Kennzeichnungsrichtlinien, um sicherzustellen, dass europäische Konsumenten nicht unwissentlich Siedlungsprodukte kaufen. Solche Richtlinien existieren bereits in Großbritannien und Dänemark und wurden in anderen Staaten wie z.B. Schweden in Betracht gezogen.

Seit Mai ist der Handel mit Siedlungsgütern auf der Agenda der EU, als EU-Außenminister die deutliche Beschleunigung von Siedlungskonstruktionen stark kritisierten und sich erstmalig für eine volle Anwendung der existierenden EU-Gesetzgebung im Bezug auf Produkte aus Siedlungen aussprachen⁴. Die israelische Regierung schätzt den Wert von EU-Importen aus Siedlungen auf ungefähr 230 Mio. Euro pro Jahr⁵, im Vergleich zu 14 Mio. Euro pro Jahr von Palästinensern⁶. Die Diskrepanz erklärt sich unter anderem daraus, dass Israel große Summen von Fördergeldern an israelische Siedler⁷ bereitstellt - wie zum Beispiel für Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung und Landwirtschaft - während für Palästinenser der Zugang zu Märkten und Ressourcen stark eingeschränkt ist.

Durch besseren Zugang zu internationalen Märkten konnten die Siedler moderne Agrarindustrien und Industriegebiete aufbauen. Die palästinensische Wirtschaft dagegen ist „stark begrenzt durch ein komplexes System von Einschränkungen“⁸ seitens Israels, welches Straßenblockaden, Kontrollposten, limitierten Zugang zu Land, Wasser und Düngemitteln beinhaltet. Seit den achtziger Jahren ist der Export von palästinensischen Produkten an die EU von 50% des Bruttoinlandsprodukts auf 15% des BIPs gesunken⁹ und setzt somit das Handelsabkommen der EU mit den Palästinensern außer Kraft.

„Die EU gibt jährlich Millionen von Euros für Entwicklungszusammenarbeit aus, um die Palästinenser beim Staatsaufbau zu unterstützen. Diese Unterstützung wird aber durch den Handel mit illegalen Siedlungen unterminiert und trägt somit zu der Lebensfähigkeit und Ausweitung der Siedlungen bei“ erklärt Dr. Phyllis Starkey, ehemalige britische Abgeordnete und Treuhänderin von Medical Aid for Palestinians.

Unter den Siedlungsgütern, die in Europa verkauft werden, befinden sich vor allem Datteln, Weintrauben, Zitrusfrüchte, Kräuter, Wein, Kosmetikprodukte von Ahava, einige der Kohlensäure-Besprudelungsgeräte von Soda Stream sowie einige der Plastik-Gartenmöbel, welche von Keter produziert werden.

„Produkte aus den Siedlungen des Westjordanlandes werden im Kontext von Häuserabbrissen, Landbeschlagnahme und militärischer Besetzung produziert. Regierungen müssen endlich der Rhetorik der Siedlungsverurteilung Taten folgen lassen und zumindest gewährleisten, dass Konsumenten informierte Entscheidungen über diese Produkte in den Läden treffen können. Dies ist nichts weiter als das Einhalten von Europäischem und Internationalem Recht“ sagt Souhayr Belhassen, Präsidentin der International Federation for Human Rights (FIDH).

Für weitere Informationen und Interviewwünsche wenden Sie sich bitte an: Sacha de Wijs, sacha.dewijs@crisisaction.org, Tel. 0172-1403058

Unterzeichnende Organisationen:

APRODEV, Broederlijk Delen (Belgien), Caabu (UK), CCFD - Terre Solidaire (Frankreich), Christian Aid (UK und Irland), Church of Sweden, Cordaid (Niederlande), DanChurchAid (Dänemark), Diakonia (Schweden), International Federation for Human Rights (FIDH), FinnChurchAid (Finland), ICCO (Niederlande), IKV Pax Christi (Niederlande), Medical Aid for Palestinians (UK), medico international (Deutschland), medico international schweiz, the Methodist Church in Britain, Norwegian Church Aid, Norwegian People's Aid, Quaker Council for European Affairs, Quaker Peace and Social Witness (UK) Trocaire (Irland)

Crisis Action arbeitet hinter den Kulissen um unsere Partner bei der schnellen Reaktion auf Krisen zu unterstützen. **Crisis Action sollte nicht öffentlich genannt werden.**

¹ Mit mehr als 4 Millionen Palästinensern, sowie mehr als 500.000 Israelischen Siedlern, die in den besetzten Gebieten leben, bedeutet dies einen EU-Import pro israelischen Siedler der 100mal so groß ist, wie der pro Palästinenser. Quelle: siehe unten

² Z.B. hier: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/116778.pdf

³ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2005:149:0022:0039:EN:PDF>;

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2010-2605&language=EN>

⁴ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/130248.pdf, s. 12.

⁵ Zahlen bereitgestellt vom israelischen Außenministerium an die Weltbank im Jahre 2012, stellen ungefähr 2% des israelischen Exports an die EU dar. Siehe: <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/AHLCReportFinal.pdf>, p. 13.

⁶ 5-jähriger Durchschnitt von 2007 bis 2011. http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113382.pdf. Mit mehr als 4 Millionen Palästinensern und über 500.000 Israelischen Siedlern die in den Besetzten Gebieten leben bedeutet dieser einen EU-Import pro israelischen Siedler der 100mal so groß ist, wie der pro Palästinenser.

⁷ Gemäß jüngster Schätzungen gibt die Regierung jährlich 330 Mio.Euro für Siedlungen aus, überhalb des Levels an zusätzlichen Leistungen für Bürger innerhalb Israels. <http://settlementwatcheastjerusalem.files.wordpress.com/2012/07/peacenowsavingsplan.pdf>

⁸ <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/AHLCReportFinal.pdf>, s.11.

⁹, s. 4.